

Gemeindeversammlung

Muttenz ist knapp bei Kasse, investiert aber im Einzelfall grosszügig

Die finanziellen Aussichten sind dunkelrot. Dennoch beschliesst der Souverän Ausgaben fürs Hallenbad und die Landschaft.

Von Reto Wehrli

Satte fünf Stunden lang Information, Diskussion und Abstimmungen – das war die Gemeindeversammlung vom 8. Dezember. Sensationelle 270 Stimmberechtigte fanden sich dazu ein. Die erste Stunde wurde von der Information zum geplanten temporären Registrierungszentrum für Asylsuchende auf dem Areal der ehemaligen Deponie Feldreben ausgefüllt (siehe Infobox unten). Anschliessend rückte während dreier Stunden das Budget 2016 in den Mittelpunkt.

Düstere Finanzprognosen

Finanzchef Dominik Straumann stimmte die Anwesenden bereits während der Präsentation der Finanzplanung bis 2020 aufs Sparen ein – und darauf, dass eine Steuererhöhung mittelfristig nicht zu umgehen sei, um den Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Denn die Aufwandüberschüsse werden jähr-

lich ansteigen, die Verschuldung bereits per Ende 2016 einen Rekordstand von 90 Millionen Franken erreichen – und bis 2020 stehen 42 Millionen für Investitionen an, die alle zeitlich bereits maximal aufgeschoben sind.

Der Voranschlag fürs nächste Jahr sah in der Vorlage des Gemeinderates ein Defizit von 380'000 Franken vor, bei Netto-Investitionen von 26,8 Millionen. Durch eine Reihe von Beschlüssen korrigierte die Versammlung den Aufwandüberschuss auf 34'839 Franken. So sprach sich eine knappe Mehrheit (98:81) dagegen aus, nachträglich 100'000 Franken ins Budget aufzunehmen, um die Auswirkungen der Lohnkürzung abzufedern, die der Landrat am 22. Oktober beschlossen hat (*nach* Erstellung des Muttenzer Voranschlags). Die Kürzung um ein Prozent betrifft alle, die nach kantonalem Personaldekret angestellt sind – also auch das Gemeindepersonal von Muttenz, dessen Lohnschlüssel reglementarisch mit dem kantonalen verbunden ist. Aus den Minderkosten ergibt sich für Muttenz eine Einsparung von 287'200 Franken.

Mit deutlichen 110:49 Stimmen erhöhten die Anwesenden jedoch den Jahresbeitrag ans Familien-

zentrum Knopf, der letztes Jahr halbiert worden war, wieder auf den ursprünglichen Betrag von 4000 Franken. Knapper fiel der Entscheid aus, den sanierungsbedürftigen Lift im Geschäftshaus an der Hauptstrasse 2 statt für 122'000 Franken lediglich für 100'000 zu überholen, wie dies die Rechnungsprüfungskommission beantragte.

Investition in die Umwelt

Gänzlich gestrichen sehen wollte die RPK die 150'000-Franken-Beteiligung der Gemeinde an den Kosten für die Aufwertung des Landschaftsgebiets Rebbberg/Zingibrunn. Kommissionspräsidentin Ruth Oser kritisierte die Investition als «Luxus, den wir uns in unserer heutigen Situation nicht leisten können», zumal das aufzuwertende Land gar nicht der Gemeinde Muttenz gehöre. Gemeinderätin Heidi Schaub verteidigte die beantragte Ausgabe mit dem Hinweis darauf, dass damit Massnahmen über vier Jahre hinweg finanziert würden. «In den kommenden Jahren sind zudem im Umweltbereich keine weiteren Investitionen vorgesehen.»

Gemeindekommissionsmitglied Dominic C. Frei rief der Versammlung in Erinnerung, dass Wohlstand auch auf einer intakten Umwelt beruhe. «In einer zerstörten Umwelt kann man auch keinen Handel und keine Geschäfte mehr betreiben, darum bitte schon fast ein «natürliches» Ja zu diesem tollen Projekt!» Mit 112:72 sprach sich die Mehrheit der Anwesenden für die Beibehaltung der Investition aus.

Kostenloses Baurecht

Weiterhin keine Zinseinnahmen erzielt die Gemeinde aus den Parzellen, die sie dem Verein für Alterswohnen für die beiden Muttenzer Altersheime im Baurecht überlässt. Die Versammlung sprach sich jedoch dafür aus, dass die Gemeinde versuchen solle, mit dem Verein eine Angleichung der Lauffristen in den beiden Baurechtsverträgen zu erreichen, um im Bedarfsfall für beide Parzellen zeitgleich dieselben Bedingungen schaffen zu können.

Von sich aus zog der Gemeinderat die neu mit dem Basler Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung abzuschliessende Leistungsvereinbarung zur weiteren Überarbeitung zurück, nachdem aus der Versammlung eine Reihe von Unklarheiten und juristischen Mängeln moniert, seitens der Gemeinde-

kommission (Anita Biedert, Katja Iseli) aber auch der Bedarf nach einer kommunalen Erziehungsberatung in Frage gestellt worden war.

Mit dem Dank ans GK-Mitglied Jean-Claude Merlo für dessen vielfältige Kommissionstätigkeit (seit 2009 GK, 2000–03 und seit 2007 erneut Sicherheit und Umwelt, seit 2011 Geschäftsprüfung, zudem vier Jahre Gemeindeführungsstab) endete der Versammlungsmarathon nachts um halb eins.

Weitere Beschlüsse kurz belichtet



- Das Lärm erzeugende, weil nicht mehr dicht eingefasste Kopfsteinpflaster beim Brunnen vor dem Bauernhausmuseum wird nicht saniert. Die Versammlung strich einen Kredit von 60'000 Franken weil der Gemeinderat damit auch Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Oberdorf verknüpfen wollte.

- Im Hallenbad werden in den nächsten zehn Jahren Investitionen von 1,7 Millionen fällig. Auf Antrag von Bernhard Theiler (Präsident der Bau- und Planungskommission) wird der ursprünglich für 2017 geplante Ersatz des 20-jährigen Kassenautomaten, für den keine Ersatzteile mehr erhältlich sind, vorsorglich auf 2016 vorgezogen (100'000 Franken).

- Diskussionslose Zustimmung erhielten die Quartierplanvorschriften «Zum Park». Das Nutzungspotenzial in diesem Gebiet wird erhöht (von 85 auf 143%), dafür erhält die Öffentlichkeit einen Abgeltungsbetrag von pauschal 500'000 Franken, der prioritär für die Umgestaltung der Tramhaltestelle «Zum Park» eingesetzt wird.



Muttenz und die Asylsuchenden

Gemeindepräsident Peter Vogt informierte über die Absicht des Kantons, das in seinem Besitz befindliche Areal der ehemaligen Deponie Feldreben an den Bund zu vermieten, der darauf ein Registrierungszentrum für mindestens 500 Asylsuchende einrichten möchte. Die Erstinformation darüber hätte an der Gemeindeversammlung erfolgen sollen, wozu die beiden Kantonsvertreter Rolf Rossi (Leiter Koordinationsstelle für Asylbewerber) und Jens Schindelholz (Leiter Bevölkerungsschutz) zugegen waren. Wegen einer gezielten Indiskretion standen die Pläne darüber bereits am Dienstag in der Tagespresse. Hier lediglich die gesicherten Aussagen:

Die Vermietung des Areals ist auf zwei Jahre (ab Inbetriebnahme des Zentrums) befristet. Sie könnte verlängert werden – aber nur, wenn sich dadurch keine Verzögerung der Deponiesanierung ergibt. Der Gemeinderat ver-

handelt über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde an den Mieteinnahmen. Mit Sicherheit würde Muttenz während vier Jahren von der Aufnahmequote für Asylsuchende entbunden.

Im Zentrum wird die Identität der Asylsuchenden festgestellt und eine Erstbefragung zu den Fluchtgründen durchgeführt. Die Betreuung erfolgt rund um die Uhr durch professionelles Personal. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer einer einzelnen Person dürfte zwei Wochen betragen. Es gilt dasselbe Sicherheitskonzept wie in den übrigen Asylzentren des Bundes.

Für die erforderlichen Bauten wird im ersten Amtsblatt 2016 ein konventionelles Baugesuch publiziert. Eine Zonenänderung ist nicht nötig. Begründete Einsprachen können während zehn Tagen durch alle Einwohner/innen eingereicht werden. Das Areal ist *nicht* mit Asbest belastet.